

Absender

Adresse Politiker / Politikerin auf kommunaler Ebene

Datum

**Wenn schon der Bundesrat faktengecheckt werden muss – wer prüft dann die Gemeinden?
Internationale Gesundheitsvorschriften (IGV): Opting-out Erklärung durch den Bundesrat**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin / Sehr geehrter Herr Stadtrat

Ich habe eine etwas merkwürdige Frage: Darf man heute noch erwarten, dass politische Aussagen stimmen? Oder ist es inzwischen naiv anzunehmen, dass Regierungen sich an Fakten halten?

Dass wir uns in der Corona-Zeit auf massive Fehlinformationen von höchster Stelle verlassen haben, ist längst erwiesen. Nun stellt sich heraus, dass die neue WHO-Agenda auf ähnlichen «Missverständnissen» aufgebaut wird.

Deshalb frage ich Sie als Gemeindevertreter:

- Haben Sie sich bereits informiert, welche Auswirkungen die neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) auf unsere Gemeinde haben?
- Was tun Sie, um sicherzustellen, dass nicht einfach von oben Weisungen durchgereicht werden, die unsere lokale Autonomie beschneiden?

Ich wäre ehrlich gesagt beruhigter, wenn unsere gewählten Volksvertreter sich mit solchen Fragen beschäftigen – anstatt sie als «zu komplex» oder «nicht unser Thema» abzutun. Denn am Ende betrifft es uns alle. Und wenn der Bundesrat schon faktengecheckt werden muss, wer prüft dann die Entscheidungen auf lokaler Ebene?

Fordern Sie deshalb den Bundesrat und die Politiker in Bundesbern auf, das Widerspruchsrecht zu den IGV fristgerecht, d.h. bis spätestens 19. Juli 2025, auszuüben und die Ablehnung der Änderungen zu erklären. Setzen Sie sich dafür ein, dass der zukünftige Pandemievertrag nicht unterzeichnet wird.

Weitere Informationen zu Pandemievertrag und IGV finden Sie hier: <https://abfschweiz.ch>

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement zum Wohle Ihrer Wählerinnen und Wähler!

Freundliche Grüsse

Unterschrift